

Von: Sahra Mirow
An: Anton Kobel
Kopie (CC): heidelberger-buendnis-gegen-ttip

Hallo Anton,

Danke für die Anfrage. Ja, natürlich teile ich die ablehnende Haltung meiner Partei gegenüber diesen Freihandelsabkommen. Schließlich habe ich mich auch ganz persönlich im Protest gegen TTIP, CETA und Co. engagiert und war für DIE LINKE BW auch ganz zentral bei der Planung und Durchführung unseres Protestblocks bei der Großdemo in Stuttgart beteiligt.

Hier also meine Haltung zu TTIP/CETA/TiSA/JEFTA:

Ich lehne die Freihandelsabkommen TTIP/CETA/TiSA/JEFTA entschieden ab, da sie auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger die Konzerninteressen der multinationalen Unternehmen bedienen. Unter dem Vorwand, Standards zu vereinfachen und so die Handelswirtschaft zu beleben, wird mit diesen Abkommen versucht, demokratische Prinzipien und Verbraucherschutz systematisch auszuhebeln.

Das geplante Abkommen TTIP zwischen der USA und der EU zielte beispielsweise auf Bereiche ab, die in beiden Wirtschaftsräumen jeweils umfassender reguliert sind. So haben die USA ihren Bankensektor deutlich stärker reguliert, haben aber nur zwei der acht ILO-Kernarbeitsnormen anerkannt. Davon auszugehen, bei einer Anpassung der Standards würde der jeweils höhere als Basis genommen, wäre schlichtweg naiv. Im Kern geht es darum, alle Barrieren wie Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutz zu Gunsten der Großunternehmen zu schleifen. Das betrifft auch künftige Gesetzgebung und damit die Demokratie selbst. TTIP sieht beispielsweise vor, dass künftige Gesetze auf ihre wirtschaftlichen Auswirkungen für die Konzerne zu prüfen sein. Sollte eine progressive Regierung also den Mindestlohn auf 12€ die Stunde hochsetzen, könnten die Konzerne vor außergerichtlichen Schiedsgerichten gegen den betreffenden Staat klagen und so enorme Ausgleichszahlungen aus öffentlichen Geldern zugesprochen

bekommen. TTIP wäre ein umfassender Demokratie-Abbau, von dem einzig und allein die Großunternehmen profitieren.

Da die meisten US-Konzerne Niederlassungen in Kanada haben, wird durch CETA nun TTIP durch die Hintertür eingeführt. Besonders bedenklich dabei ist, dass auch die Grünen CETA gerne nach der Bundestagswahl im Bundesrat abstimmen wollen oder dass man "wegen Trump" nun für CETA stimmen wolle. Ähnliche Signale kommen von der SPD. Das ist brandgefährlich. Ich erwarte, dass alle Parteien im Bundestag sich hierzu klar äußern. Die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, wie sich die Parteien nach der Wahl bei diesem Thema positionieren, schließlich geht es hier um die ganz zentralen Fragen: Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutz oder Rendite der Konzerne - was wird künftig stärker wiegen?

Auf kommunaler Ebene soll das Abkommen TiSA dafür sorgen, dass kommunale Dienstleistungen ausgeschrieben werden müssen. Auch davon profitieren in erster Linie die Großkonzerne, schließlich haben sie die Infrastruktur, um USA- und europaweit solche Aufträge überhaupt annehmen zu können. Die Stillstandsklausel soll zudem dafür sorgen, dass einmal getätigte Privatisierungen nicht wieder rückabgewickelt werden können. Das würde zu einer gravierenden Verschiebung von öffentlichen zu privatem Eigentum führen. Solche Verschiebungen geschehen stets zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere zu Lasten derer, die nur über ein geringes Einkommen verfügen und für die bezahlbare öffentliche Dienstleistungen essentiell sind. Die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Konzern-Klagerechte und die Schaffung einer Paralleljustiz sind auch Bestandteile von JEFTA, dem kürzlich verhandelten Freihandelsabkommen mit Japan, das bereits im Herbst unterschrieben werden soll.

Allen diesen Abkommen ist eines gemeinsam: Sie dienen ausschließlich den Renditeinteressen der Großkonzerne. Niemand sonst profitiert. Die Staaten können zu hohen Strafzahlungen an Konzerne gezwungen werden, gleichzeitig geben sie ihre politischen Gestaltungsoptionen ab. Wirtschaftliche Wachstumseffekte werden diese Abkommen nachweislich nicht bringen, eher im Gegenteil. Die Leidtragenden sind in jeder Hinsicht die Bürgerinnen und Bürger. Sie zahlen mit schlechteren Arbeitsbedingungen, größerem Raubbau an der Natur und schlechterer Qualität ihrer Konsumgüter. Die zunehmende Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge würde Armut noch weiter verschärfen. Unterm Strich

sind diese Abkommen Umverteilungsmaßnahmen von kaum abschätzbarem Ausmaß, die die Kluft zwischen Arm und Reich massiv nach oben treiben würde.

Diese Abkommen sind außerdem auch ein Paradebeispiel für die Verflechtungen von Wirtschaft und Politik, ein Lobbyisten-Meisterstück par excellence. Nicht umsonst wurden diese Abkommen klammheimlich verhandelt, selbst die Abgeordneten bekamen erst sehr spät und unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen Einblick in die Dokumente.

Umso wichtiger ist es, denn Druck seitens der Zivilgesellschaft aufrecht zu halten. Die vielen Demonstrationen, die EBI – all das ist ja nicht wirkungslos geblieben. Ich habe mich von Anfang an deswegen an den Protesten beteiligt und war unter anderem für den LINKE-Wagen bei der zentralen Demo in Stuttgart verantwortlich. Es ist wichtig, dass die Menschen sehen: Es geht hier nicht um eine einzelne politische Maßnahme, es geht um große Ganze. Um unsere erreichten Standards zu erhalten und künftig ausbauen zu können, um unsere Umwelt- und unsere Lebensbedingungen zu schützen, dafür braucht es Widerstand gegen all diese Abkommen!

Viele Grüße
Sahra Mirow